

Wenn der Bürger mitredet: Wie kommt man zum besten Ergebnis?

Podiumsdiskussion der IBA und der Bürgerstiftung – Von Chancen und Gefahren der Beteiligung

Von Marion Gottlob

Menschen kämpfen und sterben für mehr Demokratie in ihrem Land, und bei uns gehen viele nicht zur Wahl. Liegt es an den Bürgern? Liegt es am System? Muss das System verändert werden, damit mehr Bürger zur rechten Zeit an Entscheidungen mitwirken können? Damit es nicht plötzlich zu großen Protesten kommt? Rund 50 Gäste waren zur Podiumsdiskussion über die „Kraft der Bürger“ ins Dezernat 16 gekommen, zu der die Bürgerstiftung Heidelberg gemeinsam mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) eingeladen hatte. Dr. Steffen Siegmund von der Stiftung: „Wir wollen über Chancen und Risiken des bürgerschaftlichen Engagements sprechen.“

Zum bürgerschaftlichen Engagement wurden speziell in Heidelberg vom „Arbeitskreis Bürgerbeteiligung“ Leitlinien erarbeitet, die 2012 vom Gemeinderat einstimmig beschlossen wurden. Inzwischen haben andere Städte schon einige Leitlinien übernommen. Experte Prof. Riklef Rambow, Institut für Technologie in Karlsruhe, lobte: „Leitlinien sind ein origineller Weg.“ Allerdings sah er die Gefahr einer Überregulierung, wenn durch das Engagement von Bürgern eine Regel nach der anderen durchgesetzt werde. Unter dem Etikett „bürgerschaftliches Engagement“ könnten auch Gruppen ihre Ei-

geninteressen durchsetzen: „Das gibt ein Gerechtigkeitsproblem.“ Denn beim bürgerschaftlichen Engagement sei die Bürgerschaft nicht so repräsentiert wie beim demokratisch gewählten Gemeinderat. Auch bei Bauvorhaben sei vieles einem Laien schwer zu erklären. Albertus Bujard von „Bürger für Heidelberg“ hat



Sie diskutierten über die „Kraft der Bürger“ durch bürgerschaftliches Engagement: Dr. Steffen Siegmund, Manuel Steinbrenner, Prof. Anke Schuster, Dr. Jan Gradel und Prof. Riklef Rambow (von links). Foto: joe

an den Leitlinien mitgewirkt. „Weg von der Zuschau-Demokratie zur Demokratie der Bürgerbeteiligung. In Heidelberg gibt es viele Profi-Bürger“, meinte er. Allerdings: Sobald die „Adrenalinstöße“ fehlten, engagierten sich Bürger wenig. Für das Engagement forderte er die „ergebnisoffene Diskussion statt Grabenkämpfe“.

Dr. Jan Gradel, Fraktionsvorsitzender der CDU, meinte: „Es gab schon immer eine Bürgerbeteiligung.“ Er verwies

auf die Stadtteilvereine, die Verkehrs- oder Innenstadtforen, auch auf Volksparteien wie CDU oder SPD: „Die Parteien sind nicht weltfremd.“ In den neuen Formen des bürgerschaftlichen Engagements sah er eine Möglichkeit, Bürgern unangenehme Vorgaben zu vermitteln, beispielsweise finanzielle Grenzen.

Prof. Anke Schuster, Fraktionsvorsitzende der SPD, meinte: „Es gab schon vor den Leitlinien Formen der Bürgerbeteiligung. Das ist nichts Neues.“ Die Leitlinien seien entwickelt worden, nachdem es gleich zwei Bürgerentscheide gegeben hatte, zum geplanten Verkauf von Wohnungen auf dem Emmertsgrund und zum Anbau an die Stadthalle. Sie sollten zur „Befriedung“ beitragen zwischen Bürgern, Gemeinderat und Verwaltung. Eine Beteiligung über das Internet, unabhängig von Ort und Zeit, ist für sie die Zukunft.

„Die Beteiligung macht Spaß und begeistert Menschen, wenn es um konkrete Anlässe geht“, erklärte Manuel Steinbrenner (Grüne). Als Architekt weiß er, dass einige Kollegen gut planen, aber die Pläne den Bürgern nur ungern erklären. In der Bürgerbeteiligung jedoch sah er die Chance, das Wissen aus dem jeweiligen Quartier zu nutzen. Seine Frage: „Wie schaffen wir es, dass wir am Ende das bestmögliche Ergebnis vollziehen und nicht nur einen Kompromiss, den kleinsten, gemeinsamen Nenner?“